

PRESSEMITTEILUNG**Pressesprecher****Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

Niclas Herbst zu TOP 24:**Einen Einheitslehrer wird es mit der CDU in Schleswig-Holstein nicht geben**

Das Thema Lehrerbildung ist in diesem Hohen Hause nicht neu, bereits in den vergangenen Perioden wurde darüber diskutiert, zuletzt beispielsweise über das Gutachten der Terhart-Kommission oder auch über die vom Wissenschaftsrat bemängelten Defizite in der Lehrerbildung. Die Landesregierung hat sich, wie übrigens auch ihre Vorgängerregierung, klar zum Bologna-Prozess bekannt. Es bedarf also keines Antrags der Grünen, um die Umstellung der Lehrerausbildung in Form des Bachelor- und Mastersystems zu erreichen.

Eine ernsthafte Diskussion zu diesem Thema muss aber zur Kenntnis nehmen, dass in der Praxis insbesondere die Abstimmung von Vorbereitungsdienst und Masterstudium noch Probleme bereitet. *Sie können nicht einfach sagen, alle Lehrämter sollen mit einem Master abschließen und gleichzeitig soll die Regelausbildungszeit verkürzt werden.* Das Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts beispielsweise muss dabei genauso beachtet werden, wie die gemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz. Diese Probleme lassen sich nicht durch einen allgemeinen, wie dem vorliegenden, Antrag lösen. Eine enge Abstimmung mit den anderen Bundesländern, insbesondere natürlich den norddeutschen Nachbarländern, ist für eine erfolgreiche Umsetzung des Bachelor-Master-Systems unerlässlich. Gerade deshalb kann man den Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen nicht annehmen. Er würde Schleswig-Holstein zu einer unannehmbaren Insellösung zwingen. Welches Modell schließlich gewählt wird, kann sinnvollerweise erst entschieden werden, wenn im Rahmen der KMK weitergehende Vereinbarungen getroffen werden.

Für diese Koalition gilt: Wir brauchen ein zukunftsfähiges Modell für Schleswig-Holstein, das selbstverständlich auch in allen anderen Bundesländern anerkannt werden muss. Alles andere würde nicht nur die Mobilität der Lehramtsstudierenden komplett einschränken, sondern wäre auch bildungspolitischer Unsinn.

Der Antrag der Grünen läuft in Bezug auf die Berufsbezogenheit der Lehrerbildung an den Universitäten bereits offene Türen ein. *Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, dass schon in der BA-Phase Erfahrungen mit der schulischen Praxis gemacht werden. Und auch die Uni Flensburg sieht in ihrem*

Bachelorstudiengang (der übrigens zu diesem WS beginnt) einen Praxisanteil von 9 ECTS-Punkten vor (3 ECTS für außerschulische Praxis). – Also alles keine neuen Forderungen.

Die Idee eines Trainee-Jahres klingt zunächst interessant, ebenso wie das Assistent-Teacher-Jahr. Allerdings verkennt der Antrag der Grünen, dass für das Referendariat eine gesetzliche Mindestdauer vorgeschrieben ist. Wie das alles unter einen Hut zu bringen ist, verschweigt Ihr Antrag. Selbstverständlich müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, dass sich Ausbildungszeiten nicht verlängern.

Einen echten Dissens haben wir in Ihrem Punkt 4. Sie fordern eine altersbezogene Lehrerausbildung und damit die Abkehr vom Schulartenbezug. Selbstverständlich muss Ihnen klar sein, dass wir im Interesse unseres gegliederten Schulsystems dem nicht zustimmen können.

Eine Abschaffung des Schulartenbezugs in der Lehrerausbildung zugunsten eines Einheitslehrers wird es mit der CDU in Schleswig-Holstein nicht geben!

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Wähler uns bei der vergangenen Landtagswahl den Auftrag gegeben haben, die ideologischen Schützengräben zu verlassen und uns in der Schulstrukturdiskussion miteinander zu arrangieren. Es versteht sich von selbst, dass das für die Koalition keine einfache Aufgabe ist, deshalb freue ich mich auch, dass CDU und SPD gemeinsam den Schulartenbezug auch künftig in der Lehrerausbildung verankern werden.

Die Umstellung der Lehrerbildung auf das BA-/Ma-System muss schnell geschehen, aber keineswegs voreilig, deshalb ist der Antrag der Grünen (obwohl er ja durchaus auch interessante Gedanken enthält) nicht hilfreich. Und gerade weil die Diskussion um eine Abschaffung des Schulartenbezuges in der Lehrerausbildung kontraproduktiv ist, sehen wir der Ausschussberatung des Antrages der Grünen gelassen entgegen und stellen einen Alternativantrag zur Abstimmung.

Dieser gemeinsame Antrag von CDU und SPD lässt der Landesregierung den nötigen Handlungsspielraum, den sie braucht, um im Rahmen der KMK eine Synchronisation der verschiedenen Ländermodelle zu erreichen. Die stärkere Berufsorientierung ist Leitbild unseres Antrages, dazu sollen in allen Studienabschnitten Schulpraktika verpflichtend werden. Die Schulartbezogenheit muss im zukünftigen Modell erhalten bleiben. Ich bin mir sicher, dass das Wissenschaftsministerium ohnehin in regelmäßigen Abständen über den Stand der Umsetzungen der Neuordnung der Lehrerbildung im Ausschuss berichtet hätte. Wir werden also gemeinsam, trotz der Skepsis gegenüber dem Ursprungsantrags, die Möglichkeit haben, das Thema im Ausschuss konkret zu diskutieren.